

**Ergebnisprotokoll**  
**der 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,**  
**Energie und Landwirtschaft vom 14.04.2016**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.05 Uhr

- Anwesende: I Deputation**
- 1. **vom Senat** Herr Senator Dr. Lohse
  - 2. **von der Bürgerschaft**
    - SPD-Fraktion** Herr Hamann  
Herr Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann
    - CDU-Fraktion** Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Schwarz
    - Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer
    - Die Linke** Herr Janßen
    - FDP-Fraktion** Herr Buchholz in Vertretung für Herrn  
Schomaker
- II Verwaltung**
- Herr Dr. Sünneemann Der Senator für Umwelt, Bau und  
Frau Zimmermann Verkehr  
Frau Windeler  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Musiol  
Herr Eickhoff  
Herr Dr. Lampe  
Frau Gerken  
Frau Schröder  
Herr Dr. Kountchev  
Frau Nanninga  
Frau Dr. Cordes  
Herr Bürger  
Frau Pieper ASV  
Herr Donaubaueer BBN
- III Gäste**
- Herr Dr. Oertel Naturschutzbeirat
- IV Gastdeputierte**
- Frau Sprehe SPD-Fraktion  
Herr Saxe Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Bücking Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet **Herr Senator Dr. Lohse** von den Ergebnissen der 3. Europäischen Tagung zu städtischen Verkehrsentwicklungsplänen (European SUMP conference, <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.168250.de>) in Bremen und von der Sonder- UMK in Berlin (Presseerklärung: <https://www.umweltministerkonferenz.de/Presse.html>). Das Protokoll der Sonder- UMK ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Herr Imhoff** stellt fest, dass einerseits die hohe Stickoxidbelastung in den Griff bekommen werden müsse, man aber andererseits nicht eine Generalverurteilung von Dieselfahrzeugen aufgrund des Abgasskandales von VW vornehmen könne. Daher kritisiert er den Ansatz einer stärkeren Besteuerung von Diesel.

**Herr Crueger** erinnert an den Tenor der Gespräche in Hamburg. Die Politik müsse die Automobilindustrie auf einen gemeinschaftlichen Weg führen, um eine Lösung zu finden. Es sei noch eine Menge zu tun, neben der Verbesserung der Technik beispielsweise bei der Struktur von Busflotten und der e- Mobilität. Er möchte wissen, wie sich Bremen als Automobilstandort einbringen könne.

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert daran, dass der Dieselmotorkraftstoff seit vielen Jahren ein Steuerprivileg genieße, das ursprünglich zur Förderung von landwirtschaftlichen Verkehren und Lieferverkehren gedacht war. Es gehe nicht darum, Diesel höher zu besteuern, sondern es gehe um die Frage, ob dieses Privileg noch zeitgemäß sei, insbesondere, wenn der Diesel nicht die Erwartungen erfülle, der sauberere Antrieb zu sein. Er habe bereits Gespräche mit der Werksleitung geführt. Niemand habe ein Interesse, der Automobilindustrie zu schaden, aber nicht nur Kundinnen und Kunden der Automobilindustrie seien getäuscht worden, sondern auch die Umweltbehörden. Jahrelang hätte man sich gefragt, weshalb die Stickoxid-Werte in den Städten nicht sinken, im Glauben, dass dort Fahrzeuge mit saubereren Antrieben fahren würden. Ebenso sei die Öffentlichkeit von den Automobilherstellern getäuscht worden. Es gehe um ein Gesundheitsproblem, die Atemwegserkrankungen durch die Stickoxide, die volkswirtschaftlichen Schäden. Es drohen die Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel mit sehr hohen Kosten. Auch die Automobilindustrie müsse dieses Thema ernst nehmen.

**Herr Imhoff** fordert, bei zukünftigen Maßnahmen zur Absenkung der Stickstoffdioxidwerte in der Umweltzone auch die städtische Flotte zu berücksichtigen.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Der TOP „Maßnahmen und Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung“ - Auswirkung auf Bremen“ wird aus der städtischen Tagesordnung verschoben und als **TOP 5f)** in der staatlichen Sitzung aufgerufen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/6 der Sitzung am 11.02.2016)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	--	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Abwasserabgabe (AbWAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG) Mittelverwendung 2016 -3-1-	Vorlage 19/121
-------	--	-------------------

**Herr Imhoff** erklärt, dass seine Fraktion der Ansicht sei, dass die Verwendung der Mittel am Rande des Zulässigen erfolge und sich daher enthalten werde.

**Frau Dr. Schaefer** hält die Mittelverwendung für korrekt. Es würden damit wichtige Umwelt- und Naturschutzprojekte finanziert werden, wie vorgesehen. Die Gebühreneinnahmen seien in der Tat rückläufig. Die Rücklagen werden bis 2017 aufgebraucht sein und man müsse über die künftige Mittelverwendung nachdenken.

**Herr Crueger** ergänzt, dass sich die Gebühren selbst überflüssig gemacht hätten, was auch durchaus Zweck solcher Steuerungsmechanismen sei. Auch er ist der Ansicht, dass die Mittel im Sinne der Zweckbindung für gute Maßnahmen insbesondere im Bereich Wasser als Lebensraum verwendet werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der geplanten Verwendung der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für das Jahr 2016 (Anlage 1) einschließlich der Rücklagenentnahme (Anlage 2) bei der Abwasserabgabe- und bei der Wasserentnahmegebühr zu.
2. Sie nimmt die geplante Inanspruchnahme der Abgabebefreiungen für Vorjahres-Verpflichtungen für beide Bereiche zur Kenntnis.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den vorgelegten Ausblick auf die Mittelfristplanung 2017 und 2018 zur Kenntnis.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 5	Berichte der Verwaltung	
TOP 5a)	Sachstandsbericht zur Umsetzung der geplanten Rußpartikelfilterpflicht bei Baumaschinen -2-	BdV schriftlich

**Frau Sprehe** begrüßt, dass die Abgasstandards jetzt eingehalten werden und die alten Baumaschinen auch um- bzw., nachgerüstet worden seien.

**Herr Saxe** kritisiert, dass für zwei Baumaschinen in Bremerhaven derzeit keine investiven Haushaltsmittel für eine Neubeschaffung bzw. eine Nachrüstung vorhanden seien.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 5b)	Bundesfernstraßengesellschaft - 5 -	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

**Frau Sprehe** hält es für erfreulich, dass die Verkehrsministerinnen und -minister der Länder einheitlich über alle Parteigrenzen diesen Beschluss gefasst haben. Es wäre gut, wenn der Bund und auch die Bundestagsfraktionen sich dem anschließen würden. Eine solche Bundesfernstraßengesellschaft sei schädlich für die Länder.

**Herr Saxe** bekräftigt, dass diese Bundesfernstraßengesellschaft den Ländern nicht nütze.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 5c)	Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen – Ergebnis der Machbarkeitsstudie -5-	BdV schriftlich	L/S
---------	--	--------------------	-----

**Herr Schwarz** verweist auf die bereits bestehenden Probleme mit parkenden LKW im Stadtgebiet und möchte wissen, weshalb dann zwei Rastplätze zurückgebaut werden sollen.

**Herr Saxe** hält den Ausbau der Rastanlagen für dringend erforderlich und die Aussage in der Vorlage, dass die Finanzierung nicht sichergestellt sei, daher für enttäuschend.

**Frau Sprehe** pflichtet dem bei. Insbesondere die Ausstattung mit WC- Anlagen sei wichtig für die LKW-Fahrer, die sich dort mehrere Stunden aufhalten müssen. Dass die Finanzierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesichert ist, sei sehr ernüchternd.

**Herr Dr. Kountchev** erläutert, dass für den Ausbau der Rastanlagen Bundesmittel zur Verfügung stünden. Die Finanzierung der Planungsleistungen sei aber bisher nicht gesichert, weil erst auf Grundlage der hier vorgelegten Machbarkeitsstudie die Möglichkeit bestehe, den Aufwand und in Folge insgesamt die erforderlichen Planungsleistungen abzuschätzen. Die Anmeldung der Planungsmittel sei daher als nächster Schritt vorgesehen.

Auch mit dem beabsichtigen Rückbau der Parkplätze Achterkämme/ Mittelkämme an der A27 und der Rastanlage Ahlken an der A 1 werde der Bedarf an LKW-Stellplätzen gedeckt. Diese Machbarkeitsstudie sei nicht fokussiert auf Bremen, sondern auch auf die Einzugsbereiche benachbarter Parkanlagen in Niedersachsen. Der vorgesehene Ausbau der Anlagen Mahndorfer Marsch an der A1 und Fahrwiesen/ Osterwiesen werde den Bedarf der LKW-Stellplätze und auch den Bedarf an Übergabestellen für Großraum und Schwerlasttransporte abdecken.

**Herr Schwarz** hält die bestehenden Parkplatzanlagen weiter für dringend erforderlich. Wenn diese Anlagen aufgelöst würden, entfielen Stellplätze für LKW. Diese würden dann wieder in den Gewerbe- oder Wohngebieten parken. Der LKW-Verkehr werde in den kommenden Jahren zunehmen und von daher sei es nicht nachzuvollziehen, Parkplatzanlagen abzubauen.

**Herr Dr. Kountchev** erklärt, dass die Prognose der LKW-Entwicklung bis zum Jahr 2025 berücksichtigt wurde. Auf dieser Grundlage sei der Bedarf insgesamt bilanziert und der erforderliche Rückbau bzw. Ausbau festgestellt worden. Die Machbarkeitsstudie wurde in Abstimmung mit Niedersachsen erstellt auf Grundlage der Prognosen des Bundes.

**Herr Schwarz** betont, dass seine Fraktion einen Rückbau von Rastanlagen ablehne.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 5d)</b>	<b>Verkehrsführung während der Bauphase des BA 2/2 der BAB</b> 281 -5-	BdV schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

**Herr Janßen** stellt fest, dass in Teilbereichen die Verkehrsbelastung um über 100 % zunehmen werde und es noch nicht klar sei, wie dieses Problem gelöst werden solle. Er bittet um zeitnahe Information, welche Maßnahmen eingeleitet werden, um die Verkehrssituation in den entsprechenden Bereichen abzumildern. Außerdem möchte er eine Einschätzung zur Dauer der Bauzeit.

**Frau Dr. Cordes** erläutert, dass die Bauzeit insgesamt etwa fünf Jahre betragen werde. Der für den Verkehrsablauf relevante Eingriff in den Knotenpunkt werde etwa drei Jahre betragen. In dieser Zeit werde es jeweils in beide Richtungen eine zweispurige Verkehrsführung geben.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 5e)</b>	<b>Wohnen im Alter</b> -7-	BdV schriftlich
----------------	-------------------------------	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** bittet um Weiterleitung des BdV an den Petitionsausschuss.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 5f)</b>	<b>Maßnahmen und Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung<sup>1</sup> - Auswirkung auf Bremen</b> -3-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Janßen** fragt nach der Einschätzung des weiteren Vorgehens zum möglichen Raumordnungsverfahren und nach den aktuellen Entwicklungen.

**Frau Dr. Schaefer** begrüßt die Einigung auf deutlich reduzierte Zielwerte. Der Zielwert für Chlorid solle 300 mg/L bzw. im Bereich Bremen 200 mg/L betragen. Der aktuelle Grenzwert liege bei 2.500 mg/L, was jedoch nicht auf ökologischen Vorgaben beruhe, sondern willkürlich festgesetzt sei. Es sei auch richtig, vor allem an der Quelle etwas zu tun und möglichst im Produktionsprozess durch technische Verfahren die Einleitungen zu reduzieren. Sie fragt, wie sich K+S hierzu positioniere.

**Herr Crueger** erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Austausches mit der niedersächsischen Landesregierung.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass der Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm Weser über das Bundesumweltministerium an die europäische Kommission geleitet wurden. Gegen eine mögliche Weserpipeline gebe es klare Landtagsbeschlüsse aus Niedersachsen. Diese verstoße auch gegen ein grundsätzliches Prinzip des europäischen Umweltschutzes, die Schadstoffvermeidung an der Quelle. Alle anderen Unternehmen und Industriebranchen mussten dieses neben dem Verursacherprinzip seit ungefähr 25 bis 30 Jahren systematisch zur Anwendung bringen. Folglich sei es nicht nachvollziehbar, weshalb nur K+S ihre Produktionsabwässer ungefiltert einleiten dürften. Mögliche Maßnahmen wären eine Kristallisationsanlage, damit hätte man feste Stoffe, die wieder unter Tage zurückverbracht werden können. Ganz wichtig sei auch die Abdeckung der großen Salzhalden, um diffuse Einleitungen von dort zu vermeiden. K+S argumentiere mit hohen Kosten und offenen technischen Fragen, aber wenn man das Vermeidungsprinzip und das Verursacherprinzip folgerichtig zur Anwendung bringen wolle, führe kein Weg an solchen Maßnahmen vorbei.

Die Europäische Kommission forderte zusätzliche Maßnahmen, für den Fall, dass die vorgenannten nicht ausreichen würden. Daher kam als zusätzlichen Optionen ein temporärer Werrabypass mit einer Begrenzung auf 800.000 m<sup>3</sup> pro Jahr ins Gespräch. K+S habe diese Begrenzung ignoriert und ein Raumordnungsverfahren für eine Fracht von 3,5 Mio m<sup>3</sup>/ Jahr beantragt. Eine letzte Möglichkeit sei eine Produktionsdrosselung, dieses Mittel komme auch in anderen Branchen zu Einsatz.

Beschluss:

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 6	Verschiedenes	
-------	---------------	--

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Aktivitäten BioStadt</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saffe</b>	<b>Geplant am 09.06.2016</b>
<b>Sachstand B 212 n</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Imhoff</b>	<b>Geplant am 19.05.2016</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll